

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im Zug auf dem Weg nach Berlin finde ich Zeit für diese Zeilen. Das allein würde genügend Stoff für einen Newsletter bieten, in dem ich Ihnen von den Unzulänglichkeiten bei der Deutschen Bahn im Besonderen und vom Chaos und Niedergang Deutschlands im ganz Allgemeinen erzähle. In den ersten zwei Wochen des neuen Jahres habe ich erneut manches zu hören bekommen, was uns wirklich Sorgen machen muss – sei es bei unserer Fraktionsklausur (von der ich auf den folgenden Seiten berichte) oder bei Gesprächen mit Militärexperten genauso wie mit Wirtschaftsvertretern bei Unternehmensbesuchen oder diversen Neujahrsempfängen.

Ja, Deutschland geht schweren Zeiten entgegen. Wirtschaftlich, aber auch was unsere Demokratie und das Friedensprojekt Europa betrifft, gibt es

gerade kaum Erfolgsgeschichten. Und doch möchte ich zum Jahresbeginn nicht in das allgemeine Jammern einsteigen. Im Gegenteil: Ich glaube, dass wir die ohne Zweifel großen Herausforderungen ohne Angst, ohne Defätismus, dafür mit der Zuversicht in unsere Stärken angehen sollten. Mag sein, dass die Chinesen aufgeholt haben und die USA sich kaum noch als Partner sehen. Dann müssen wir uns eben darauf besinnen, dass unser Europa – und Deutschland im Besonderen – der Teil der Welt mit dem breitesten selbst erarbeiteten Wohlstand ist, dass Deutschland nach wie vor mit die größte Innovationskraft weltweit hat, dass es dann eben 56 statt 57 Staaten sind, die sich zur Rettung der Ukraine zusammengeschlossen haben, wenn die USA sich zurückzöge und dass unsere deutsche Infrastruktur insgesamt verlässlicher ist als diejenige in den meisten anderen Regionen der Welt.

Wir sind aber im Wunsch, es allen vom Datenschützer bis zur Haselmaus recht zu machen, so kompliziert geworden, dass nichts mehr vorangeht. Die Kraft dazu haben wir aber. Wir müssen nur anpacken, anstatt alles nur schlecht zu reden. Das wird mit manchen Einschnitten und Zumutungen verbunden sein und die Demokratie muss beweisen, dass sie immer noch ein Wirgefühl entfachen kann und nicht nur Verteilungskämpfe moderieren.

Die Zuversicht und Kraft dafür wünsche ich Ihnen für 2025, dazu natürlich Gesundheit und Glück im neuen Jahr!

Außerdem habe ich mir erlaubt, ein Interview, das letzten Samstag in der FAZ erschien, in voller Länge ans Ende dieses Newsletters zu stellen, weil ich glaube, dass es – jenseits des Tagesaktuellen – ganz interessant zu lesen ist.

Eine schöne Woche wünscht Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alexander Hold'.

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

RÜCKBLICK

TAG 1: FRAKTION WILL WEHRTECHNISCHE INDUSTRIE IN BAYERN STÄRKEN UND VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT NACH AUSSEN HERSTELLEN

An Tag 1 stand für unsere Fraktion zunächst ein Besuch des Verfassungsmuseums auf Herrenchiemsee an, ehe wir bei einer Diskussion mit dem Generalstabsarzt Dr. Hans-Ulrich Holtherm für eine Stärkung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie warben. Dabei forderten wir die künftige Bundesregierung auch auf, den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit zu forcieren. Nötig sind unter anderem eine bessere Ausstattung und eine schnellere Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Fakt ist, dass die im März 2022 angekündigte »Zeitenwende« immer noch nicht umgesetzt ist. Die Bundeswehr stagniert, finanzielle und personelle Herausforderungen – darunter die Nachwuchsfrage, die langfristige und nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr, die Beschaffungsorganisation, die Überregulierung und die Verantwortungsdiffusion – sind immer noch ungelöst.

Dabei drängt die Zeit: Angesichts der sich verschärfenden internationalen Bedrohungslage braucht Deutschland für eine glaubhafte Abschreckung und wirksame Bündnis- und Landesverteidigung eine effiziente, innovative und leistungsfähige Bundeswehr sowie eine starke nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Bayern leistet als das führende Bundesland im Bereich Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bereits einen erheblichen Beitrag. Um deren Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, sind auf Bun-

desebene aber bessere Rahmenbedingungen erforderlich. Die nächste Bundesregierung muss die Stärkung der wehrtechnischen Industrie zur Priorität machen.

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, sich aus der Sicherheitsordnung des europäischen Kontinents zurückzuziehen, wenn die NATO-Staaten nicht bereit sind, mehr Geld in ihre Verteidigung zu stecken. Deutschland ist deshalb gut beraten, sich fundamental neu aufzustellen. Auch die Einführung eines Gesellschaftsjahrs für alle muss auf Bundesebene diskutiert werden.

Wichtig ist aber auch, die Resilienz und Abwehrfähigkeit im Inneren zu stärken. Die Sensibilisierung der Bevölkerung, der Bevölkerungsschutz und die zivile Unterstützung der Streitkräfte sind hierbei essentielle Teile einer resilienten Gesellschaft in der derzeitigen geopolitischen Lage. Mit Blick auf die verschärfte Sicherheitslage in Europa braucht es zudem eine resiliente Krankenhausinfrastruktur, denn sie ist bei jeder Bedrohungslage besonders stark gefährdet. Mehr [\[HIER\]](#).

TAG 2: FRAKTION WILL HEIMATGEFÜHL STÄRKEN UND KULTURSCHAFFENDE FÖRDERN

In unserer globalisierten Welt gewinnt Heimat für viele Menschen zunehmend an Bedeutung. Denn sie verhindert Entfremdung und schafft soziale Identität. Um das Heimatgefühl zu stärken und Kulturschaffende in Bayern zu fördern, hat unsere Fraktion eine Resolution verabschiedet. Darin sprechen wir uns unter anderem für eine Radioquote aus: Der öffentlich-rechtliche Hörfunk soll verstärkt deutschsprachige und



insbesondere heimatbezogene, bayerische Musikproduktionen, die gerade das jüngere Publikum ansprechen, im Programm berücksichtigen. Im Unterschied zum Privatradio hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen besonderen Kultur- und Bildungsauftrag. Eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Berücksichtigung heimischer Künstlerinnen und Künstler wäre ein deutliches und willkommenes Signal der Rückbesinnung der Sender auf ihren Kernauftrag.



Denn in Bayern gibt es nahezu keine Profimusikerinnen und -musiker, die ihre eigene Musik kreieren und davon leben können. Besonders in der bairischen Sprache – die sich fantastisch zum Musik machen eignet – gibt es für junge Musikerinnen und Musiker keinerlei Möglichkeit, im Radio in Erscheinung zu treten.

Dazu passend habe ich selbst vor kurzem eine Initiative auf den Weg gebracht, die den meist ehrenamtlichen Veranstaltern im Jazz-Bereich Investitionen in Tontechnik und Raumakustik erleichtern und damit Auftrittsmöglichkeiten für Musiker in Bayern dauerhaft sichern soll. Die stetig steigenden Anforderungen an die Technischen Voraussetzungen und den Digitalisierungsschub machen unsere Hilfe erforderlich.

Außerdem setzt sich unsere Fraktion auch für die Aufnahme der bairischen, fränkischen und schwäbischen Sprache in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen ein – deshalb wollen wir zeitnah einen entsprechenden Antrag in den Bayerischen Landtag einbringen. Derzeit gelten Sprachen wie Niederdeutsch, Sorbisch, Friesisch und Dänisch als Schutzsprachen für Minderheiten in Deutschland – andere Sprachen im Freistaat allerdings nicht. Die Einbeziehung des Bairischen, Fränkischen und Schwäbischen in die Charta gewährleistet nicht

nur den Schutz dieser Sprachen, sondern erhöht auch ihre Präsenz und ihr Ansehen. Das trägt auch dazu bei, das kulturelle Erbe zu bewahren und regionale Identität zu stärken. Mehr [\[HIER\]](#).

KOMMUNALPOLITISCHER ABEND: FRAKTION VERLEIHT EHRENNADEL FÜR BESONDERE VERDIENSTE FÜR FREIHEIT, HEIMAT UND DEMOKRATIE AN LANDRAT ANTON SPEER

Im Rahmen unseres kommunalpolitischen Abends haben wir Anton Speer aus Unterammergau mit der Ehrennadel für besondere Verdienste für Freiheit, Heimat und Demokratie ausgezeichnet. Seit über drei Jahrzehnten setzt er sich mit großem Engagement für seine Heimatregion und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein. Er engagierte sich fast 25 Jahre als Mitglied des Gemeinderates und später als zweiter Bürgermeister der Gemeinde Unterammergau. Ab dem Jahr 1996 war Speer Mitglied des Kreistages Garmisch-Partenkirchen.

Seit Herbst 2013 setzt er sich als Landrat tatkräftig und bürgernah für die Belange der Menschen im Kreis Garmisch-Partenkirchen und für die Stärkung des Landkreises als Wirtschafts-, Bildungs-, Tourismus- und Gesundheitsstandort ein. Im Bezirkstag von Oberbayern engagiert er sich mit großem Eifer als Mitglied im Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie, als Mitglied der Medaillen-Kommission und als Mitglied im Aufsichtsrat der Baugesellschaft München-Land. Wir sind deshalb überzeugt, dass er sich die heutige Auszeichnung mehr als verdient hat.

Der Austausch mit Bayerns Kommunalpolitikern bedeutet uns FREIEN



WÄHLERN im Landtag viel. Denn sie sind es, die durch ihren unermüdlichen und oftmals ehrenamtlichen Einsatz dafür sorgen, dass die Funktionsfähigkeit und das Vertrauen in unsere Staatsordnung und Demokratie gewährleistet werden. Um die Kommunen bestmöglich zu unterstützen, haben wir im Rahmen unserer Winterklausur eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Eine Grundvoraussetzung, um die Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden zu erhalten, ist für uns eine stabile Lage der Kommunalfinanzen. Steigende Ausgaben der Kommunen, Landkreise und Bezirke haben bei gleichzeitiger Stagnation der Steuereinnahmen jedoch zu einer massiven Krise der Kommunalfinanzen geführt. Über diese Krise haben wir gemeinsam mit kommunalen Mandatsträgern intensiv diskutiert – und festgestellt: Das Problem bedarf einer strukturellen Lösung – und zwar durch ein Zusammenspiel von finanziellen Zuweisungen, Anpassungen im Aufgabenvollzug und einer Förderung der Digitalisierung. Mehr [\[HIER\]](#).

VON KOMMUNAL BIS DIGITAL: DAS SIND UNSERE RESOLUTIONEN

Bei unserer Winterklausur in Chieming haben wir Beschlüsse zu wegweisenden Themen gefasst. In verschiedenen Resolutionen nehmen wir aktuelle Herausforderungen für Bayerns Gesellschaft in den Fokus. Etwa die finanzielle Belastung der Kommunen durch zahlreiche staatliche und übertragene Aufgaben, die Beschleunigung von Bauvorhaben im Einklang mit Natur und Gesellschaft sowie die Unterstützung der bayerischen Kulturschaffenden im Sinne des Heimatgefühls und das Masterthema Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Resolutionen haben wir im Einzelnen verabschiedet:

Um den zunehmenden Herausforderung der Kommunen Herr werden zu können, braucht es neben einer auskömmlichen finanziellen Grundlage strukturelle Lösungsansätze, die ohne einen Abbau von Standards und übertragenen Aufgaben nicht ausreichen werden.

♦ Resolution »**Starke Kommunen für ein stabiles Bayern: Für eine leistungsfähige und resiliente kommunale Ebene**«: [\[HIER\]](#).

Mit der Beschleunigung genehmigungsrechtlicher Prozesse beschäftigt sich eine weitere Resolution. Denn zu oft bremsen Prüfverfahren wichtige Bauvorhaben – beispielsweise im Bereich des Hochwasserschutzes. Deshalb fordern wir eine Anpassung der bundes- und europarechtlichen Normen. Bauten, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, sowie Vorhaben in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung als auch allgemein im Bereich der kritischen Infrastruktur dürfen nicht länger durch Prüfverfahren verzögert und verteuert werden.

♦ Resolution »**7-Punkte-Plan: Investitionsbremsen lösen durch einfachere Genehmigungsverfahren**«: [\[HIER\]](#).

In einer weiteren Resolution bekräftigen wir die Vereinbarkeit von Artenschutz und Investitionen im Bau-sektor. Die gegenwärtige Praxis, in der artenschutzrechtliche Prüfungen oftmals über Jahre hinweg Bauvorhaben blockieren, wird weder dem Ziel des Artenschutzes noch den gesamt-

gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht. Ziel ist es, Bauvorhaben im überragenden öffentlichen Interesse nicht länger wegen langwieriger bürokratischer Verfahren auf unbestimmte Zeit zu verzögern.

♦ Resolution **»Das Land voranbringen! Bauvorhaben in Einklang mit Natur und Gesellschaft beschleunigen«**: [\[HIER\]](#).

Für eine zügige Digitalisierung setzen wir uns in einer weiteren Resolution ein. Die Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir konsequent weiterführen, denn sie erschließt Potenziale, die wir aktuell dringend benötigen. Bei Zukunftstechnologien darf die bayerische Wirtschaft nicht auf Know-How im Silicon Valley angewiesen sein.

♦ Resolution **»Wir. Digitalisieren. Bayern.«**: [\[HIER\]](#).

Zudem widmen wir uns den bayerischen Künstlern und deren wichtiger Leistung für das Heimatgefühl. In der Resolution sprechen wir uns unter anderem für eine Radioquote aus: Gerade der öffentlich-rechtliche Hörfunk, der einen besonderen Kultur- und Bildungsauftrag hat, soll verstärkt deutschsprachige und insbesondere heimatbezogene, bayerische Musikproduktionen, die gerade das jüngere Publikum ansprechen, im Programm berücksichtigen.

♦ Resolution **»Heimatgefühl stärken und Kulturschaffende in Bayern fördern«**: [\[HIER\]](#).

Für die Überführung des Wolfs ins bayerische Jagdrecht setzen wir uns in einer weiteren Resolution ein. Mehrere andere Bundesländer haben den Wolf bereits durch Änderung des Landesjagdgesetzes erfolgreich dem Jagdrecht unterstellt – wir dürfen hier nicht zurückbleiben. Insbesondere die Weidetierhaltung ist durch die massive Ausbreitung des Wolfs stark bedroht. Daher müssen nach wie vor der Herdenschutz und die Entschädigung von betroffenen Nutztierhaltern den größten Teil des Wolfmanagements einnehmen. Gezielte Entnahmen müssen möglich sein, um die langfristige Akzeptanz des Wolfs in der Gesellschaft zu sichern.

♦ Resolution **»Trendwende im Umgang mit dem Wolf: Sofortige Überführung des Wolfs in das bayerische Jagdrecht«**: [\[HIER\]](#).

Den wichtigen Beitrag der Imker zur bayerischen Landwirtschaft thematisiert eine weitere Resolution. Bei der Bestäubung von Kultur- und Wildpflanzen sowie beim Erhalt der Biodiversität sind wir in hohem Maße auf unsere Imker angewiesen. Diese werden zunehmend durch importierten, mit Sirupen gestreckten Honig massiv unter Druck gesetzt. Europäische Initiativen zur Bekämpfung von Honigfälschungen müssen deshalb zügig in nationales Recht umgesetzt werden.

♦ Resolution **»Bayerische Imker schützen!«**: [\[HIER\]](#).



»WIR. DIGITALISIEREN. BAYERN.«: FRAKTION VERABSCHIEDET IHRE DIGITALPOLITISCHE AGENDA

In der Resolution **»Wir. Digitalisieren. Bayern.«** setzen wir uns unter anderem für einen modernen Digitalstaat, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und mehr Cybersicherheit ein. Ein Fokus der digitalpolitischen Agenda liegt auf der bestmöglichen Unterstützung der bayerischen Digitalwirtschaft: Wir wollen Bayern zu einem Premium-Standort für die Zukunftstechnologien im Herzen von Europa entwickeln. Außerdem schlagen wir der neuen Bundesregierung nachdrücklich vor, nach bayerischem Vorbild ein eigenständiges Bundesministerium für Digitales, Innovation und neue Medien zu gründen – mit dem Ziel, erhebliche strukturelle Defizite in der nationalen Digitalpolitik endlich

zu beheben und Deutschland auf den Zukunftsmärkten der Digitalwirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen.

Fakenews sind die größte Gefahr für die Demokratie. Aus diesem Grund hat das Digitalministerium die Bayern-Allianz gegen Desinformation im digitalen Raum geschaffen. In diesen Tagen zeigt sich, wie wichtig diese Institution ist. In unserer Resolution machen wir uns daher auch für die Einführung einer Identitätspflicht für Social Media-Accounts stark: Was am Stammtisch kriminell ist, muss auch im Internet illegal sein. Jeder soll seine Meinung frei äußern können. Meinungsfreiheit bedeutet aber kein Recht auf Anonymität. Mehr [\[HIER\]](#).



UNSERE SCHÖNSTEN BILDER

Drei Tage lang haben wir uns bei unserer Winterklausurtagung intensiv über aktuelle Themen und anstehende Herausforderungen beraten. Die schönsten Bilder von Tag eins gibt es [\[HIER\]](#) und von Tag zwei [\[HIER\]](#).

UNSERE HIGHLIGHTS ALS REEL

Alle Highlights unserer Winterklausur 2025 in Chieming können Sie sich [\[HIER\]](#) und [\[HIER\]](#) anschauen.

UNSERE RESOLUTIONEN IM ÜBERBLICK

Sieben Resolutionen haben wir während unserer Klausurtagung verabschiedet. Eine schnelle Übersicht über alle Resolutionen gibt es [\[HIER\]](#).

STORIES: UNSERE KLAUSUR IM SCHNELLDURCHLAUF

Drei Tage Winterklausur liegen hinter uns. Wie unsere Fachsprecher auf unsere Tagung blicken, erklären sie in unseren Stories auf Instagram – und zwar unter dem Highlight-Button »#Chieming25«. [\[HIER\]](#) geht's zum Instagram-Kanal unserer Fraktion.



ZWISCHEN RICHTERSAAL, TV-KAMERAS UND POLITIK: ALEXANDER HOLD IM GESPRÄCH MIT DER F.A.Z.

Finn Hohenschwert
Redakteur F.A.Z. PRO Einspruch

Herr Hold, der breiten Öffentlichkeit sind Sie als Fernsehrichter bekannt. Wie ist es dazu gekommen, dass Sie 2001 Ihre eigene Gerichtsshow bekamen?

In den USA liefen Gerichtsshows bereits mit großem Erfolg. Sat.1 wollte sich dann auch an einem vergleichbaren Format versuchen und hat sich auf die Suche nach einem passenden Richter gemacht. Dazu wurden Anzeigen in juristischen Fachzeitschriften geschaltet, Headhunter beauftragt und mit Anwälten gesprochen, die man aus anderen Fernsehproduktionen kannte. Erst ein Anwalt für Medienrecht, der wohl von einer Gerichtsverhandlung kurz zuvor mit mir im Allgäu einigermaßen beeindruckt war, brachte die Fernsehleute auf meine Spur. Der hat sich gedacht, dass ich wohl ganz gut ins Anforderungsprofil für das neue Konzept

passen könnte, und schlug mich vor. Ich selbst wäre nicht auf die Idee gekommen, mich zu bewerben.

Ihre Sendung hat die Gerichtspraxis nicht immer realitätsgetreu abgebildet. Wie haben Sie sich auf der Richterbank gefühlt, wenn die Ereignisse vor Ihnen ins Phantastische abglitten?

Auch der Bergdoktor zeigt nicht den Alltag eines Hausarztes, und jeder Tatortkommissar wäre wahrscheinlich spätestens nach einer Viertelstunde vom Dienst suspendiert, weil er unzulässige Ermittlungsmaßnahmen anwendet. Und so haben auch wir in der Tat mit unserer Sendung den Alltag der Justiz nichtwirklichkeitsgetreu abgebildet. Das wäre anders aber auch gar nicht möglich gewesen. Während man in der Justiz einen einfachen Ladendiebstahl nach 15 Minuten aburteilt, muss der Fall im Fernsehen eine ganze Stunde lang spannend bleiben. Andererseits darf der komplexe Betrugsfall im Fernsehen nicht mehrere Verhandlungstage in Anspruch nehmen. Das Spannende dabei: Während all die anderen Formate mit schönen Landschaftsbildern und ständig wechselnden Szenerien punkten können und der Zuschauer unmittelbar beim Geschehen und der chronologischen Entwicklung der Geschichte dabei ist, wird bei der Gerichtssendung die Geschichte im täglich gleichen, fast rituellen Ablauf eines Strafprozesses im immer gleichen Sitzungssaal nur statisch nacherzählt. Dieses Kammerspiel erfordert eine gewisse Überzeichnung, um die Zuschauer bei Laune zu halten. Andererseits verzeiht es keine Fehler, denn am Ende muss der Richter das Urteil ohne logische Brüche erklären können. Trotz über 2000 Folgen gab es nie Rückmeldungen über juristische oder logische Fehler.

Waren Sie lieber »echter« Richter oder Fernsehrichter?

Beides hat seinen Reiz. Der große Unterschied liegt darin, dass ich beim Fernsehen eine – wenn auch kleine – Verantwortung für Millionen von Menschen habe, nämlich für das Bild, das sie sich von der Justiz machen. In der Justiz habe ich dagegen nur gegenüber den wenigen Menschen, die vor mir stehen, eine dafür umso größere Verantwortung. Deshalb erfordert die Arbeit als echter Richter am Ende natürlich mehr Ernsthaftigkeit und Akribie.

In den USA werden echte Gerichtsverhandlungen live im Fernsehen übertragen. Wäre das etwas für Deutschland?

Aus der Perspektive eines Fernsehers wäre das natürlich toll, weil es ein unglaublich spannendes und gleichzei-

tig preiswertes Programm hergibt. Aus der Sicht des Juristen ist es aber so besser, wie es in Deutschland ist. In Gerichtssälen wird ohnehin schon viel zu viel geschauspielert. Und in dem Moment, in dem auch noch die Kameras laufen, potenziert sich das. Es gäbe Zeugen oder Opfer, die sich nicht mehr trauen würden und nur noch die Hälfte von dem erzählen, was sie wissen, wenn halb Deutschland zuschaut. Andere, nicht zuletzt auch Juristen, könnten die Bühne mehr zur ungezügelter Entfaltung ihres Egos oder zur Eigenwerbung nutzen als zur Lösung des Falles. Die Wahrheitsfindung ist jedenfalls deutlich einfacher ohne TV-Liveübertragung.

Ihre Gerichtssendung wurde 2013 eingestellt, hätten Sie gern weitergemacht?

Ich versuche immer, neue Dinge auszuprobieren. Das war schon zu Justizzeiten so. Dort gab es viele Kollegen, die, wenn sie es in ein bestimmtes Referat geschafft haben, die nächsten 20 Jahre dort bleiben wollten. Bei mir war es immer genau andersherum: Neue Erfahrungen haben mich immer gereizt. Das war auch ein wichtiger Beweggrund bei der Entscheidung, ins Fernsehen zu gehen. Nach zwölf Jahren als »Richter Alexander Hold« und über 2000 Sendungen im gleichen weißen Hemd mit der täglich gleichen weißen Krawatte und der schwarzen Robe auf dem immer gleichen Stuhl und das täglich gleiche Ritual eines Strafprozesses erzählend war es dann an der Zeit, etwas anderes auszuprobieren. Das war der Impuls für das Nachfolgeformat »Im Namen der Gerechtigkeit« in den vier Jahren darauf.

Sie kandidierten danach unter anderem für das Amt des Bundes-

präsidenten. Realistische Gewinnaussichten hatten Sie nicht. Warum haben Sie sich trotzdem für das Amt zur Verfügung gestellt?

Demokratie lebt von der Möglichkeit, die Wahl zu haben. Deswegen fand ich die Frage schon immer seltsam, warum jemand ohne klare Siegchance zu Wahlen antritt. Ob Gemeinderat oder Bundespräsident – Demokratie braucht auch die Kandidaten, die am Ende das jeweilige Amt nicht erringen. Aber ich hatte auch eine Botschaft, die ich mit meiner Wahlkampagne transportieren wollte: Ich habe für mehr direkte Demokratie und eine Direktwahl des Bundespräsidenten geworben – und dafür viel Zuspruch bekommen. Die Väter des Grundgesetzes hatten nach der Naziherrschaft ihre Gründe für die indirekte Wahl durch die Bundesversammlung: Nach fast 80 Jahren gefestigter Demokratie könnte man es den Deutschen – wie in fast allen Demokratien üblich – aber durchaus zutrauen, ihr Staatsoberhaupt selbst zu wählen, zumal dieses vom Grundgesetz nur mit so viel Kompetenzen ausgestattet ist, dass nun wirklich niemand Angst haben muss, dass ein Populist an der Staatsspitze das Land nach seinem Gusto umkrepeln könnte. Die Direktwahl wäre gut für die demokratische Legitimation und auch für die Identifikation mit der Präsidentin oder dem Präsidenten. Nach der Wahl des Bundespräsidenten ist das Thema dann aber leider jedes Mal nicht mehr drängend und verschwindet wieder in den Schubladen. Hinzu kommt, dass die großen Parteien auch überhaupt kein Interesse an einer Direktwahl haben, weil es für sie natürlich bequemer und besser für die eigenen Machtoptionen ist, wenn man den Bundespräsidenten bei einem Abendessen im Hinterzimmer auskungelt.

Sie sprechen über direkte Demokratie. War das der Grund, für die Freien Wähler in den Bayerischen Landtag zu ziehen?

Ich bin da – wie das bei den Freien Wählern üblich ist – vom Ehrenamt ins Hauptamt reingeschlittert. Ich habe mich schon viele Jahre kommunalpolitisch engagiert, seit 17 Jahren als Stadtrat und seit 2013 zusätzlich als Bezirksrat. Auslöser war, dass ich mich ziemlich über den damaligen Stadtrat geärgert hatte. Meine Reaktion war dann eben: »Maul nicht nur, mach's halt besser!« Nach der Bundespräsidentenwahl, bei der ich bereits von den Freien Wählern aufgestellt wurde, kam die Frage auf, ob ich für die Partei nicht auch im Bayerischen Landtag Politik machen möchte.

Dort beschäftigen Sie sich vor allem mit den Themen Asyl, Migration und Integration. Für welche Politik setzen Sie sich in den genannten Bereichen ein?

Wir müssen die Entscheidung, ob jemand eine Bleibeperspektive in Deutschland hat, viel schneller treffen. Die Schweizer machen vor, wie es geht. Über 70 Prozent der Asylanträge werden innerhalb von 72 Stunden entschieden. Im Anschluss gibt es auch deutlich weniger Klageverfahren als bei uns. Und auch diese Klageverfahren werden dann sehr viel schneller entschieden. Ein zentraler Baustein dafür ist die Tatsache, dass jeder Asylsuchende in der Schweiz einen Anwalt zur Seite gestellt bekommt. Die Reaktion aus Deutschland darauf ist immer gleich: Das kostet einen Haufen Geld und verzögert alles, weil Anwälte alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausnutzen. Das ist aber falsch. Wenn ein Anwalt in der Asylberatung nachvollziehbar erklärt: Bei dir wird das nichts, du hast hier keine Bleibeperspektive, du hast keinen Asylgrund – dann gibt es sehr viele, die einfach die Entscheidung akzeptieren und auch keine Rechtsmittel einlegen. Und ehrlich gesagt, ein Anwalt für vier oder fünf Tage ist immer noch die preiswertere Lösung als eine Anker- einrichtung für zwei Jahre. Wir reden viel zu viel über Abschiebungen. Stattdessen müssen wir möglichst schon an der Grenze und innerhalb von Tagen verlässlich entscheiden, wer bei uns bleiben kann und wer nicht.

In welchen Bereichen profitieren Sie als Politiker von Ihren Erfahrungen aus dem Jurastudium und als Richter?

Insgesamt ist es sehr wichtig, dass wir möglichst viele unterschiedliche



Erfahrungen, unterschiedliche Lebensentwürfe und unterschiedliche berufliche Qualifikationen in der Politik haben. Aber so wie es sicher nicht schadet, wenn beim Wurstmachen wenigstens Metzger gelernt hat, so ist es auch nicht verkehrt, wenn in den Parlamenten, wo die Gesetze gemacht werden, auch ein paar Menschen sitzen, die gelernt haben, wie man Rechtsnormen macht. Der Umgang mit den Feinheiten der Rechtsnormen geht einem als Jurist eben doch meist leichter von der Hand.

Wären Sie 2017 zum Bundespräsidenten gewählt und anschließend wiedergewählt worden, hätten Sie in den letzten Tagen die Entscheidung treffen müssen, den Bundestag aufzulösen, und einen Termin für Neuwahlen festlegen müssen. Wie bewerten Sie die aktuellen Ereignisse auf Bundesebene?

Bei all dem politischen Hickhack ist das, was sich derzeit im politischen Berlin abspielt, ein wunderbarer Beleg da-

für, wie gut und stabil unser Grundgesetz konzipiert ist. Dass also alles so unglaublich geordnet abläuft und derartige Krisen unser Staatsgefüge nicht durcheinanderbringen. Das ist ein grandioses Qualitätsmerkmal unserer Verfassung. Aber: Wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Wir müssen das Grundgesetz nachbessern. Ich bin sehr erleichtert, dass sich die demokratischen Fraktionen im Bundestag wenigstens noch darauf verständigen konnten, unsere Verfassung im Hinblick auf das Bundesverfassungsgericht wetterfest zu machen. Wir müssen uns vor Verhältnissen wie in Ungarn oder Polen absichern. Wenn es neuen Mehrheiten im Bundestag gelänge, das Bundesverfassungsgericht einfach gesetzlich auszuhebeln, wäre unsere Demokratie sehr schnell in existenzieller Gefahr. Deshalb ist es so wichtig, vor den Neuwahlen die wichtigsten Regeln des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz zu verankern.

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de